

Briefing: Umsetzung der UTP-Richtlinie: Eine Chance für existenzsichernde Einkommen und Löhne in globalen Lieferketten

Empfehlungen aus Fair-Handels-Sicht

Die Bundesregierung sollte den Spielraum in Artikel 9 der EU-Richtlinie (2019/633) über „unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette“¹ nutzen und diese ambitioniert umsetzen. Um existenzsichernde Einkommen und Löhne für Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen entlang globaler Lieferketten und eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 zu erwirken, besteht die dringende Notwendigkeit²:

- den **Verkauf von Lebensmitteln unterhalb ihrer Produktionskosten (Dumpingpreisen)** in die Verbotsliste unfairer Handelspraktiken aufzunehmen,
- die unlauteren Handelspraktiken der **grauen Liste in die schwarze Liste mitaufzunehmen**, da Verträge nicht auf Augenhöhe geschlossen werden,
- eine **Generalklausel** einzuführen, die grundsätzlich alle unlauteren Handelspraktiken verbietet; die Verbotsliste sollte regelmäßig angepasst und erweitert werden, um Lücken zu schließen und Umgehungsmöglichkeiten zu vermeiden,
- eine **unabhängige Preisbeobachtungsstelle** einzurichten, die Richtwerte für existenzsichernde Preise errechnet und festlegt. Bei der Festlegung von Referenzpreisen müssen existenzsichernde Einkommen und Löhne miteinbezogen werden.³ Zudem sollte eine Erhebungsmethode zur Ermittlung von externalisierten sozialen und ökologischen Kosten für einzelne Sektoren erarbeitet werden.
- Eine unabhängige **Ombudsstelle**, muss eingerichtet werden und anonyme Beschwerden annehmen, um die betroffenen Zulieferer zu schützen.

Auswirkungen von Machtungleichgewicht und enormem Preisdruck

Das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unterhalb der Produktionskosten von Erzeuger*innen ist aus Fair-Handels- Perspektive besonders wichtig, denn ruinöse Erzeugerpreise verhindern eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030. Zwischen den Akteur*innen in den globalen Lieferketten besteht ein großes Macht- und Verhandlungsungleichgewicht. Bäuerliche Produzent*innen, Arbeiter*innen und Lieferant*innen im globalen Süden sowie hierzulande sind der Marktmacht der Supermarktketten weitestgehend schutzlos ausgesetzt.

- Die wirtschaftlichen Risiken werden auf die Lieferant*innen und Erzeuger*innen abgewälzt; Dumpingpreise und zahlreiche unfaire Handelspraktiken bestimmen die Lieferbeziehungen⁴
- Einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)⁵ zufolge, nehmen knapp die Hälfte der befragten Zulieferer Aufträge unterhalb der Produktionskosten an, da der Preis eines der wichtigsten Kriterien für die Abnahme und somit der Preisdruck enorm hoch ist

¹ [Richtlinie \(EU\) 2019/633](#)

² Genauere Erläuterungen Vgl. Positionspapier von 50 Organisationen (2020): [Für mehr Fairness im Lebensmitteleinzelhandel.](#)

³ Definition existenzsichernde Einkommen und Löhne nach [Global Living Wage Coalition](#)

⁴ Oxfam Deutschland (2021): [Knebelverträge im Lebensmittelhandel.](#)

⁵ International Labour Organization (2017): [Purchasing practices and working conditions in global supply chains:](#) Global Survey results. Inwork Issue Brief No.10.

- Aufgrund einer häufig geringeren Verhandlungsposition und höheren Abhängigkeit von Abnehmern verkaufen Lieferanten in Ländern mit niedrigem Human Development Index (HDI) zudem viel häufiger unter den tatsächlichen Kosten, als in Ländern mit hohem HDI.⁶
- Dumpingpreise und unlautere Handelspraktiken sind häufig eine der Kernursachen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung⁷. Eine ambitionierte Umsetzung der UTP-Richtlinie kann als wichtiger Baustein auf dem Weg hin zur Umsetzung menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten dienen. Denn das Adressieren von Einkaufspraktiken ist ein effektiver Ansatz um seiner Sorgfaltspflicht nachzukommen, da Unternehmen zum einen direkte Kontrolle über ihre eigenen Einkaufspraktiken haben und zum anderen sind sie einer der wichtigsten Hebel für Unternehmen, ihre Lieferanten zu beeinflussen.⁸

Freiwillige Selbstverpflichtung reicht nicht aus – Beispiel Preiskrieg im Bananensektor

Studien, Unternehmensbefragungen, wie z.B. im Rahmen des NAP-Monitoring⁹ und jahrelange Erfahrungspraxis haben gezeigt, dass der Großteil der Unternehmen seiner sozialen und ökologischen Verantwortung nicht ausreichend nachkommt.

- Zahlreiche deutsche Einzelhandelsunternehmen haben im Januar 2020 eine Absichtserklärung¹⁰ unterzeichnet, sich entlang ihrer globalen Lieferketten für existenzsichernde Einkommen und Löhne einzusetzen
- Im November 2020 kündigte ALDI, der wichtigste Abnehmer von Bananen in Deutschland und Mitunterzeichner der Erklärung, an die Bananenpreise um ca. 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 11,33 EUR pro Kiste¹¹ zu reduzieren – ein Preiskrieg mit fatalen Folgen für die Bananenproduzent*innen und Arbeiter*innen im Sektor
- Dabei geht der Lebensmitteleinzelhandel als Gewinner aus der Corona-Krise hervor und konnte seine Umsätze sogar erhöhen.¹²
- Produzent*innen kämpfen dahingegen seit Jahren mit steigenden Produktions-, Lebenshaltungs- und Transportkosten. Zwischen 2013 und 2018 ist der EU-Einfuhrpreis von Bananen um 20 Prozent gesunken¹³.
- Der Preisdruck verringert den Verhandlungsspielraum von Gewerkschaften für höhere Löhne von Arbeiter*innen im Rahmen von Kollektivverhandlungen
- und verhindert eine nachhaltige und inklusive Entwicklung. Denn diese ist nur durch geteilte Verantwortung entlang der Lieferkette, die eine faire Verteilung der Wertschöpfung zulässt, möglich, so kolumbianische Akteure des Bananensektors in einem Brief an die EU-Kommission als Reaktion auf die angekündigte Preisreduzierung von Aldi.¹⁴

⁶ Ibid.

⁷ EU Kommission (2020): [Study on due diligence requirements through the supply chain.](#)

⁸ Fair Trade Advocacy Office (2020): [Why purchasing practices must be a part of upcoming due diligence legislation.](#)

⁹ Mit einer [Unternehmensbefragung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans](#) (NAP) Wirtschaft und Menschenrechte wollte die Bundesregierung untersuchen, ob sich deutsche Unternehmen freiwillig an menschenrechtliche Standards halten. Trotz der abgeschwächten Methodik und geringen Anforderungen haben nur 13 bis 17 Prozent der teilnehmenden Unternehmen diese erfüllt.

¹⁰ https://www.nachhaltige-agrarlieferketten.org/fileadmin/media/Freiwillige_Selbstverpflichtung_EH-AG_LI-LW_de.pdf

¹¹ [Pressemitteilung](#) Südwind Institut (26.11.2020): Lateinamerikanische Bananenarbeiter*innen lehnen den von Aldi erklärten Preiskrieg ab.

¹² Siehe bspw. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_ungleichheitsvirus_deutsch.pdf

¹³ Initiative Lieferkettengesetz (2020): [Briefing von Bananen bis Bauxit. Warum wir ein Lieferkettengesetz brauchen.](#)

¹⁴ Cancilleria de Colombia, SINTRAINAGRO, augura (2020): Carta abierta. Dec. 2020.

Der aktuelle Gesetzesentwurf der Umsetzung der UTP-Richtlinie in Deutschland ändert an der Preisfrage bis dato nichts. Diese ist aber zentral um mehr Gerechtigkeit zwischen landwirtschaftlichen Erzeuger*Innen und Arbeiter*innen sowie mächtigen Einkäufern zu schaffen.

Spanien als Vorbild in der Bekämpfung unfairer Handelspraktiken

Spanien hat bereits seit 2013 ein Gesetz „zur Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelkette“. In der aktualisierten Gesetzesentwurfassung von 2020 wird der Verkauf von

„Um eine Wertvernichtung in der Lebensmittelkette zu vermeiden, muss jeder Betreiber dem ihm unmittelbar vorhergehenden Betreiber einen Preis zahlen, der gleich oder höher ist als die tatsächlich entstandenen oder von ihm übernommenen Produktionskosten für dieses Produkt. (...) Der Betreiber, der den endgültigen Verkauf des Produkts an den Verbraucher vornimmt, darf in keinem Fall sein Geschäftsrisiko, das sich aus seiner Marketingpolitik in Bezug auf die der Öffentlichkeit angebotenen Preise ergibt, an einen der vorherigen Betreiber weitergeben.“¹

Produkten unterhalb ihrer Produktionskosten verboten. So heißt es zum Beispiel in Artikel 12ter Erfahrungen und Analysen aus Spanien könnten bei der Umsetzung einer solchen Regelung in Deutschland hilfreich sein.¹⁵ Das spanische Gesetz zeigt, dass Deutschland auf dem Weg hin zu besseren gesetzlichen Rahmenbedingungen für faire Handelspraktiken und existenzsichernde Einkommen und Löhne im EU-Vergleich hinterherhinkt. Eine ambitionierte Umsetzung der UTP-Richtlinie bietet nun die Chance aufzuholen und zugleich Fortschritte im Sinne der Agenda 2030 zu erzielen.

Kontaktpersonen:

Teresa Hoffmann, Referentin Fairer Handel und nachhaltiges Wirtschaften, Brot für die Welt

E-Mail: teresa.hoffmann@brot-fuer-die-welt.de

Maja Volland, politische Referentin, Forum Fairer Handel

E-Mail: m.volland@forum-fairer-handel.de

Veselina Vasileva, politische Referentin, GEPA - The Fair Trade Company

E-Mail: Veselina.Vasileva@gepa.de

20.02.2021

¹⁵ Oxfam Deutschland (2021): [Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten in Spanien.](#)